



## Analyse des Budgetdienstes

# Maßnahmen zur Stabilisierung des Euroraums im 3. Quartal 2018 (27/BA und 28/BA)

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung und Übersicht.....	1
Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums.....	2
Übersicht über die Programmländer .....	3
Bericht gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz über die im 3. Quartal 2018 ergriffenen Maßnahmen (27/BA) .....	6
Irland .....	6
Portugal .....	8
Bericht über die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 3. Quartal 2018 (28/BA) .....	11
Griechenland .....	12
Spanien .....	18
Zypern .....	20

## Vorbemerkung und Übersicht

Die nachfolgenden Ausführungen ergänzen die Darstellungen des BMF zu den Förderungsinstrumenten um die jüngsten Entwicklungen (insbesondere zu Griechenland) und die ausstehenden oder zugesagten IWF-Kredite an die Programmländer. Sie geben weiters einen Kurzüberblick über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Programmländer anhand der Kennzahlen aus der Herbstprognose vom 8. November 2018 der Europäischen Kommission (EK), die nicht das gesamte makroökonomische Kennzahlenset abdeckt.



## Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums

Als Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums dienen bilaterale Darlehen, der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sowie Zuschüsse an Griechenland aus Zinseinkünften für griechische Anleihen, die von den Notenbanken im Rahmen des Ankaufsprogramms der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Wertpapiermärkte erworben wurden. Die Beiträge Österreichs zu diesen Instrumenten sind im Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (ZaBiStaG) geregelt.

EFSM und EFSF wurden durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als permanenten Rettungsschirm abgelöst, über den seit 1. Juli 2013 neue Programme abgewickelt werden. Die Unterstützung von Griechenland, Irland und Portugal erfolgte aus der EFSF bzw. über den EFSM, Spanien und Zypern erhielten ESM-Mittel. Das dritte Hilfsprogramm für Griechenland wurde ebenfalls aus dem ESM finanziert. Insgesamt weisen die Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums folgende Finanzvolumen auf:

### Finanzvolumen der Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums

	<i>in Mrd. EUR</i>
<b>Bilaterale Darlehen an Griechenland</b>	52,9
<b>Haftungsstand EFSF*)</b>	
Kapital und Zinsen inkl. Übergarantien	359,1
<b>Zuschüsse überwiesen</b>	
(Sammelkonto Griechenland, Zusage gesamt 10,1 Mrd EUR)	3,8
<b>ESM</b>	
Genehmigtes Kapital	704,8
Eingezahltes Kapital	80,5
Rufkapital	624,3
Maximale Darlehenskapazität	500,0
Ausstehende Darlehen	89,9
Kreditusagekapazität	410,1

\*) Seit 1. Juli 2013 sind keine neuen Finanzierungszusagen aus der EFSF, sondern nur noch aus dem ESM möglich. Im Rahmen des EFSM kann die EK im Namen der EU über den EU-Haushalt garantierte Anleihen von bis zu 60 Mrd. EUR aufnehmen und EU-Mitgliedstaaten Darlehen gewähren.

Quellen: BMF, ESM (Stand: 9. November 2018; Rückzahlung von Spanien iHv 3 Mio. EUR berücksichtigt)



Die österreichischen Anteile an den Instrumenten zur Stabilisierung des Euroraums zum Ende des 3. Quartals 2018 sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

### Österreichische Anteile an den Instrumenten zur Stabilisierung des Euroraums

	<i>in Mrd. EUR</i>
<b>Bilaterale Darlehen an Griechenland</b>	1,557
<b>Haftungsanteil an EFSF</b> (Kapital und Zinsen inkl. Übergarantien)	10,721
<b>Zuschüsse überwiesen</b> (Sammelkonto Griechenland, Zusage gesamt 281,2 Mio. EUR)	0,116
<b>ESM</b>	
Eingezahltes Kapital	2,227
Rufkapital	17,257

Quelle: BMF

### Übersicht über die Programmländer

Die nachstehende Tabelle, die zusätzlich zu den angeführten Stabilisierungsinstrumenten auch die Unterstützungsleistungen des IWF umfasst, zeigt die ausstehenden Beträge aus Darlehen an die Programmländer zum 30. September 2018 gegliedert nach Ländern und Stabilisierungsinstrumenten:

### Ausstehende Darlehensbeträge aus Hilfsprogrammen zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	<b>Bilaterales Finanzhilfe-programm</b>	<b>EFSM</b>	<b>EFSF</b>	<b>IWF</b>	<b>ESM</b>	<b>Summe</b>
Griechenland	52,90		130,90	10,19	59,90	<b>253,89</b>
Irland		22,50	17,70			<b>40,20</b>
Portugal		24,30	26,00	4,66		<b>54,96</b>
Spanien*)					26,72	<b>26,72</b>
Zypern				0,69	6,30	<b>6,99</b>
Summe	52,90	46,80	174,60	15,54	92,92	<b>382,77</b>

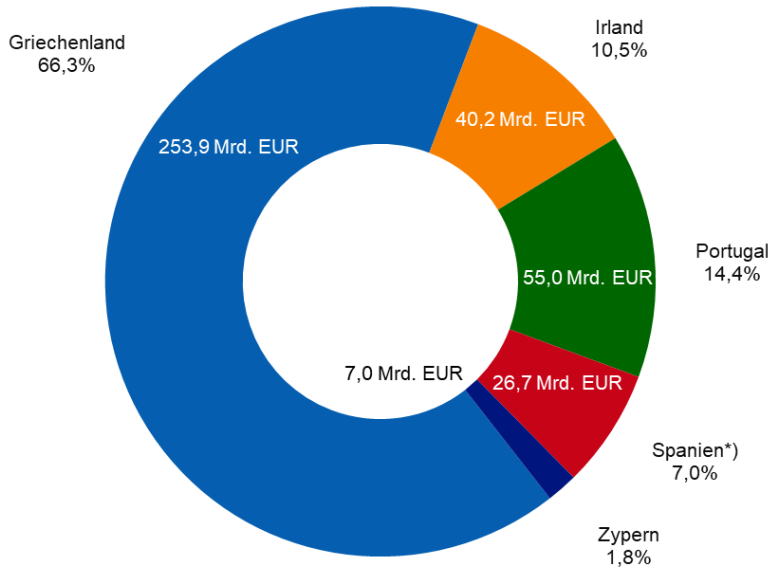
\*) Die Tilgung seitens Spaniens iHv 3 Mrd. EUR erfolgte am 16. Oktober 2018 und ist daher in der Tabelle zum 3. Quartal 2018 noch nicht berücksichtigt.

Quellen: ESM, BMF, IWF

Aus den europäischen Stabilisierungsinstrumenten und den IWF-Darlehen waren zum 30. September 2018 Darlehensbeträge von insgesamt 382,8 Mrd. EUR ausständig, die sich auf die Programmländer gemäß nachfolgender Darstellung verteilen:



**Ausstehende Darlehensbeträge EU und IWF nach Ländern zum 30. September 2018**



Quellen: BMF, IWF

In der nachstehenden Tabelle werden die wichtigsten Kennzahlen zur Wirtschaftslage und den öffentlichen Haushalten der von den Hilfsmaßnahmen betroffenen Länder aus der Herbstprognose 2018 der EK tabellarisch dargestellt:

**Kennzahlenübersicht über die von Hilfsmaßnahmen betroffenen Länder**

	BIP, real			Arbeitslosenquote*)			Inflation**)			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Griechenland	2,0	2,0	2,0	19,6	18,2	16,9	0,8	1,2	1,0	0,6	0,6	0,6	182,5	174,9	167,4
Irland	7,8	4,5	3,8	5,6	5,1	4,9	0,7	1,2	1,4	-0,1	-0,1	0,2	63,9	61,1	56,0
Portugal	2,2	1,8	1,7	7,1	6,3	5,9	1,5	1,6	1,6	-0,7	-0,6	-0,2	121,5	119,2	116,8
Spanien	2,6	2,2	2,0	15,6	14,4	13,3	1,8	1,7	1,5	-2,7	-2,1	-1,9	96,9	96,2	95,4
Zypern	3,9	3,5	2,9	8,2	6,3	4,8	0,8	1,3	1,4	2,8	3,0	2,9	105,0	98,4	91,0
Euroraum	2,1	1,9	1,7	8,4	7,9	7,5	1,8	1,8	1,6	-0,6	-0,8	-0,7	86,9	84,9	82,8
EU 27	2,2	2,0	1,9	7,4	7,0	6,6	1,8	1,9	1,7	-0,6	-0,8	-0,6	80,6	78,6	76,7

\*) lt. Eurostat-Definition

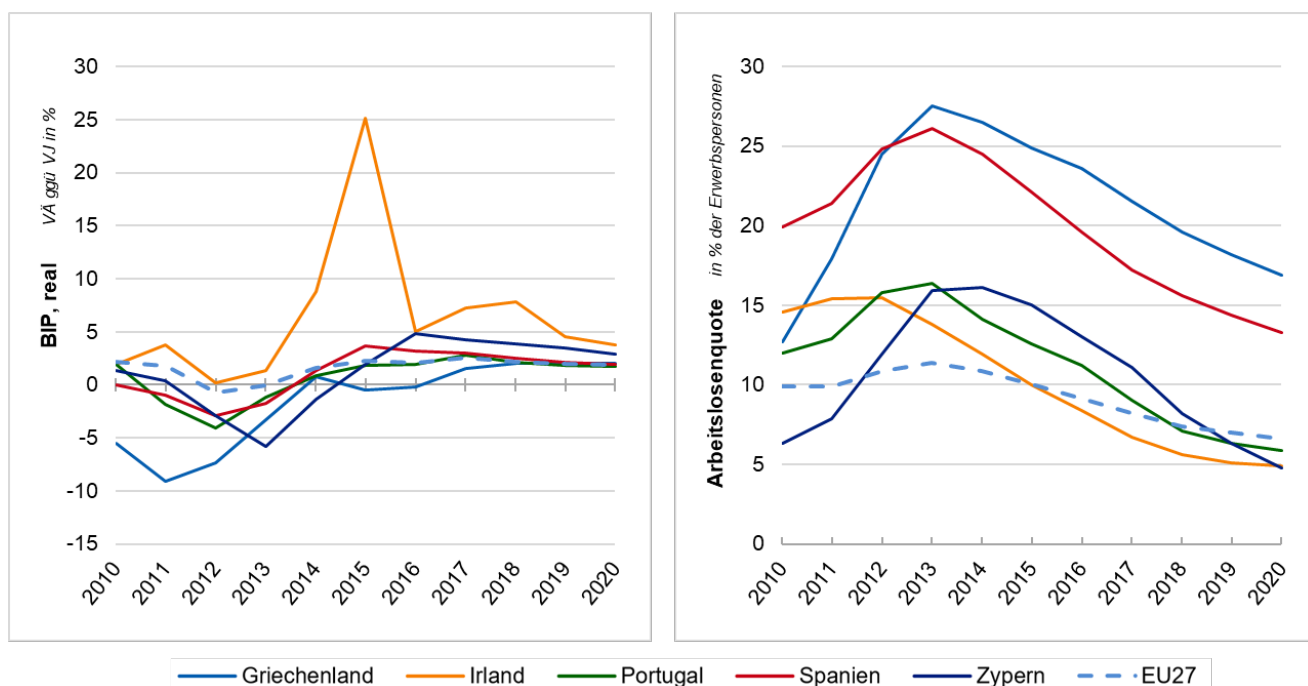
\*\*\*) harmonisierter Verbraucherpreisindex

Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Die Entwicklung des BIP und der Arbeitslosenquote der Programmländer seit 2010 ist den nachfolgenden Diagrammen zu entnehmen.



## Entwicklung des BIP und der Arbeitslosenquote in den Programmländern seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Von den Programmländern profitiert aktuell insbesondere Irland, für das die Wachstumsprognosen nochmals nach oben revidiert wurden und nunmehr bei 4,5 % für 2019 und 3,8 % für 2020 liegen. Auch für Zypern haben sich die Prognosewerte gegenüber der Frühjahresprognose deutlich verbessert. Für Griechenland liegt die BIP-Prognose mit jeweils 2,0 % für 2018 etwas über, für 2019 unter den Werten der Frühjahrsprognose, die weiterhin sehr hohe Arbeitslosenquote wurde geringfügig nach unten revidiert. Für Spanien ist die Prognose hingegen durchgängig etwas ungünstiger als im Frühjahr. Für Portugal wird ein etwas geringeres Wachstum, aber auch geringere Arbeitslosenraten prognostiziert. Die Arbeitslosenquote soll in allen Programmländern sinken, diese liegt jedoch aktuell auf einem sehr unterschiedlichen Niveau (von 19,6 % in Griechenland bis 5,6 % in Irland im Jahr 2018). Weiterhin moderat entwickelt sich die Inflation, sie soll auch in den kommenden beiden Jahren in allen Programmländern unter der 2 %-Marke liegen.

Die Budgetsalden sind ebenfalls unterschiedlich, für Spanien wird 2019 ein Defizit von 2,1 % des BIP erwartet, für alle anderen Programmländer liegen die Prognosen deutlich günstiger. Die öffentlichen Schuldenstände werden für alle Programmländer teilweise stark rückläufig prognostiziert, sie sind in allen Ländern mit Ausnahme Irlands allerdings deutlich höher als der Schnitt des Euroraumes.



## Bericht gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz über die im 3. Quartal 2018 ergriffenen Maßnahmen (27/BA)

### Griechenland

Die auf dem ZaBiStaG basierende EFSF-Finanzhilfefazilität ist mit 30. Juni 2015 ausgelaufen. Das dritte Finanzhilfeprogramm für Griechenland wird nunmehr im Wege des ESM abgewickelt und daher im Rahmen der ESM-Maßnahmen behandelt (siehe S. 12).

### Irland

Irland hat bisher insgesamt Finanzhilfen gemäß der nachfolgenden Aufstellung erhalten:

#### Finanzhilfen aus EFSM, EFSF und IWF an Irland zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	EFSM	EFSF	IWF	Bilat. Darl.	Gesamt
Finanzhilfe zugesagt und ausbezahlt	22,50	17,70	22,50	4,80	67,50
ausstehender Betrag (abz. Tilgungen)	22,50	17,70	0,00	3,80	44,00

Quellen: BMF, IWF

Im Berichtszeitraum wurden keine neuen Maßnahmen ergriffen. Ende 2013 hat sich Irland für einen Programmausstieg entschieden, weil ihm der Zugang zu den Kapitalmärkten wieder möglich war.

Im Dezember 2014 zahlte Irland zunächst rd. 9 Mrd. EUR, im Februar bzw. März 2015 eine weitere Tranche von rd. 10 Mrd. EUR und im November 2017 schließlich die letzte Tranche von rd. 4,5 Mrd. EUR der mit 5 % deutlich über dem Marktzinssatz verzinsten IWF-Mittel vorzeitig zurück. Gleichzeitig tilgte Irland auch die bilateralen Darlehen von Dänemark (0,4 Mrd. EUR) und Schweden (0,6 Mrd. EUR). Im Zuge der vorzeitigen Rückzahlungen der IWF-Mittel und der bilateralen Kredite verzichtete die EU auf eine anteilmäßige vorzeitige Tilgung der EFSF-Mittel (Tilgung erfolgt ab 2029 bis 2042). Die Mittel aus dem EFSM sollen zwischen 2018 und 2042 zurückbezahlt werden. An bilateralen Darlehen ist noch jenes des Vereinigten Königreiches iHv 3,8 Mrd. EUR offen.

Die **neunte Post-Programm-Prüfmission** fand vom 14. bis zum 18. Mai 2018 statt, der Prüfbericht wurde im Juli 2018 vorgelegt. Demnach dürfte die Binnenkonjunktur kurzfristig robust bleiben und die Arbeitslosigkeit rapide in Richtung Vorkrisenniveau sinken, die Risiken bleiben jedoch bestehen. Das derzeit günstige wirtschaftliche Umfeld sollte genutzt werden, um die Altlasten der Non-Performing Loans (NPLs) weiter entscheidend zu reduzieren. Der deutliche Anstieg der Immobilienpreise und -mieten setzt sich aufgrund einer noch immer unzureichenden Angebotsreaktion fort.



Die öffentlichen Finanzen haben sich gestützt durch das Wirtschaftswachstum weiter verbessert. Das gesamtstaatliche Defizit dürfte kurzfristig weiter zurückgehen. Ein umsichtiges Ausgabenmanagement ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, gleichzeitig müssen wesentliche Infrastrukturinvestitionen durchgeführt werden. Das Rückzahlungsrisiko für die europäischen Finanzhilfen bleibt niedrig.

Irland befindet sich im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

## Ergebnisse der Herbstprognose 2018 der Europäischen Kommission

### Kennzahlenübersicht Irland

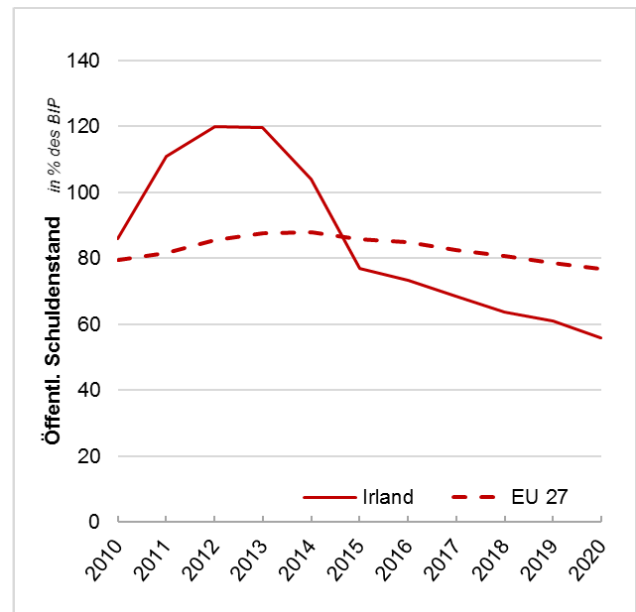
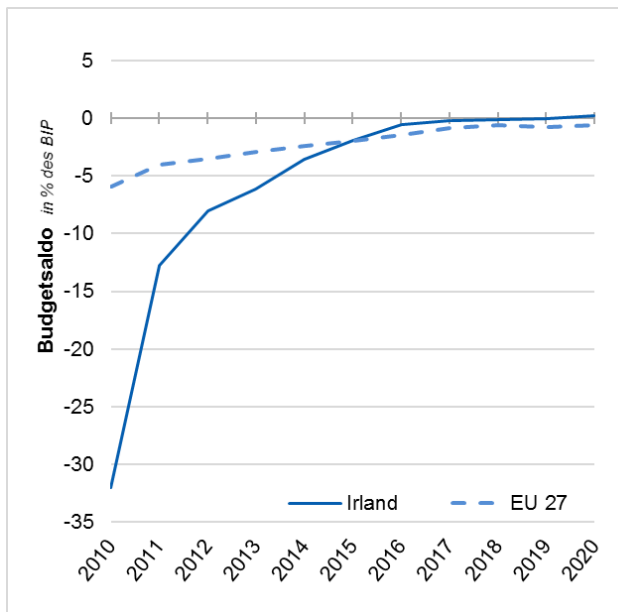
	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Irland	7,8	4,5	3,8	5,6	5,1	4,9	0,7	1,2	1,4	-0,1	-0,1	0,2	63,9	61,1	56,0

Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Irland verzeichnete im ersten Halbjahr 2018 ein BIP-Wachstum von 9,1 %, das deutlich über dem des Euroraums liegende Niveau ist aber durch die Aktivitäten von multinationalen Unternehmen verzerrt. Für das Gesamtjahr wird ein Wachstum von 7,8 % erwartet, aber das Tempo sollte sich auf 4,5 % im Jahr 2019 und 3,8 % im Jahr 2020 verringern. Die positive Arbeitsmarktentwicklung, ein moderates Lohnwachstum, starke Exportzuwächse und die Bauinvestitionen stützen aktuell die Konjunktur. Die Beschäftigung, insbesondere die Vollzeitbeschäftigung, ist in der ersten Jahreshälfte 2018 stark gestiegen. Im September 2018 lag die Arbeitslosenquote bei 5,4 % und es wird bis 2020 ein Rückgang unter 5 % erwartet. Die Wirtschaftsentwicklung ist jedoch erheblichen externen Risiken ausgesetzt. Neben dem Brexit betreffen diese Unsicherheiten insbesondere mögliche Veränderungen der internationalen steuer- und handelsrechtlichen Rahmenbedingungen und ein hohes Maß an Unvorhersehbarkeit der Aktivitäten multinationaler Konzerne.



## Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Irland seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Der Haushaltssaldo wird sich im Jahr 2018 voraussichtlich auf -0,1 % des BIP verbessern und langsam in einen Überschuss umwandeln. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % und kompensieren damit teilweise das starke Ausgabenwachstum. Der irische Haushaltsplanentwurf 2019 sieht neue Ausgaben und eine Reduzierung der Einkommenssteuer iHv rd. 0,5 % des BIP vor. Diese expansiven Maßnahmen werden teilweise durch Einnahmenerhöhungen von 0,2 % des BIP finanziert. Nach einer Stabilisierung im Jahr 2018 wird sich der strukturelle Saldo 2019 kurzfristig verschlechtern. Der gesamtstaatliche Schuldenstand wird 2018 voraussichtlich auf 63,9 % des BIP und bei einer stabilen Wirtschaftsentwicklung und positiven Primärsalden in den Folgejahren weiter auf 61,1 % und 56,0 % des BIP sinken. Die Abwärtsrisiken für die öffentlichen Finanzen bleiben aber insbesondere im Hinblick auf die unsichere wirtschaftliche Entwicklung, die Nachhaltigkeit einiger wesentlicher Steuerquellen (insbesondere Körperschaftsteuer) und steigende Ausgaben im Gesundheitswesen weiter bestehen.





## Portugal

Portugal hat bisher insgesamt Finanzhilfen gemäß der nachfolgenden Aufstellung erhalten:

### Finanzhilfen aus EFSM, EFSF und IWF an Portugal zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	<b>EFSM</b>	<b>EFSF*)</b>	<b>IWF**)</b>	<b>Gesamt</b>
Finanzhilfe zugesagt	26,00	26,00	26,00	<b>78,00</b>
Finanzhilfe ausbezahlt	24,30	26,00	25,10	<b>75,40</b>
ausstehender Betrag (abz. Tilgungen)	24,30	26,00	4,66	<b>54,96</b>

\*) Brutto-Beträge vor Abzug der Service-Gebühr

\*\*) Zusagen und Auszahlungen des IWF erfolgen in Sonderziehungsrechten, die Wechselkursschwankungen unterliegen

Quellen: BMF, IWF

Das Finanzhilfeprogramm, in dem sich Portugal seit 2011 befand, endete im Juni 2014. Portugal verzichtete auf die Auszahlung der letzten Tranche iHv 2,6 Mrd. EUR der zugesagten Finanzhilfen von insgesamt 78,0 Mrd. EUR. Die EFSF-Mittel sollen ab dem Jahr 2025 getilgt und bis zum Jahr 2040 vollständig zurückgezahlt werden, die Mittel des EFSM zwischen 2018 und 2042. Die Mittel des IWF wurden aufgrund der vergleichsweise hohen Verzinsung der IWF-Darlehen mit Zustimmung der EFSF bereits in den vergangenen Jahren teilweise vorzeitig getilgt. Derzeit sind noch 4,7 Mrd. EUR an IWF-Darlehen ausstehend. Im Berichtszeitraum wurden keine neuen Maßnahmen ergriffen.

Die **achte Post-Programm-Prüfmission** fand vom 5. bis zum 12. Juni 2018 statt. Gemäß dem Prüfbericht hat sich das Wachstum, das 2017 mit 2,7 % seinen Höhepunkt erreichte, seither etwas abgeschwächt, bleibt aber robust. Insgesamt schreitet die wirtschaftliche Erholung Portugals gleichmäßig voran. Wachstumsfördernde Reformen müssen aber fortgesetzt werden, um die Konvergenzaussichten der Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit gegen Schocks zu verbessern. Die portugiesischen Banken haben erhebliche Fortschritte gemacht und sind nach vielen Verlustjahren wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt, sind aber weiterhin durch eine geringe Rentabilität, dünne Kapitalpuffer und die damit verbundenen Kosten belastet. Trotz der Verbesserung des Arbeitsmarktes und der Fortschritte im Bildungsbereich wirkt sich das relativ niedrige Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte negativ auf die Produktivität aus, der Arbeitsmarkt ist stark segmentiert. Vor dem Hintergrund steigender Hauspreise und Mieten hat die Regierung auch gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnungsmarkts eingeleitet.



Die Verschuldung des Landes nimmt ab, ist aber nach wie vor hoch, und die Haushaltslage verbessert sich. Nach einem gesamtstaatlichen Defizit von 3,0 % des BIP (0,9 % des BIP ohne die Rekapitalisierung der Caixa Geral de Depósitos – CGD) im Jahr 2017 wird eine deutliche Verbesserung für 2018 erwartet. Vorzeitige Rückzahlungen an den IWF haben dazu beigetragen, das Schuldentilgungsprofil zu glätten und die Zinskosten zu senken. Drei der vier großen Ratingagenturen stufen Portugal nunmehr im Investment-Grade-Bereich ein, die Anleihezinssätze sind für volatile Entwicklungen der Finanzmärkte aber weiterhin anfällig.

Portugal befindet sich im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.<sup>1</sup>

## Ergebnisse der Herbstprognose 2018 der Europäischen Kommission

### Kennzahlenübersicht Portugal

	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Portugal	2,2	1,8	1,7	7,1	6,3	5,9	1,5	1,6	1,6	-0,7	-0,6	-0,2	121,5	119,2	116,8

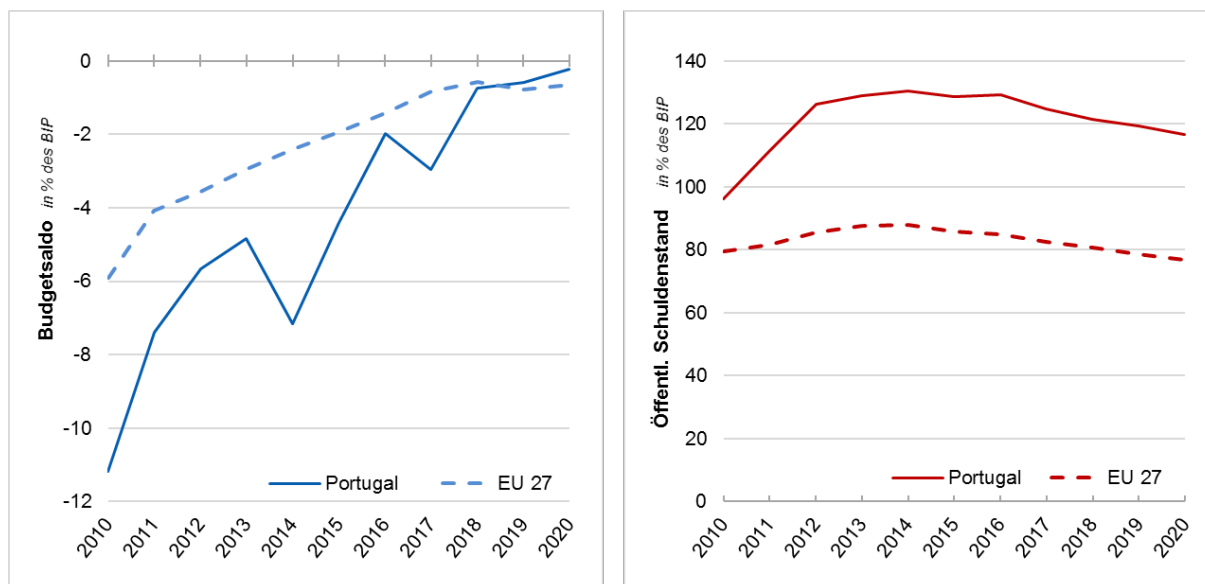
Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Für 2018 wird für Portugal nunmehr ein gegenüber der Frühjahrsprognose leicht geringeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % prognostiziert, nach 2,8% im Jahr 2017. Die Inlandsnachfrage ist nach wie vor stark, aber das BIP-Wachstum in Portugal wird sich voraussichtlich 2019 auf 1,8 % und 2020 auf 1,7 % verlangsamen, weil sich die Nettoexporte und die Industrieproduktion abschwächen und der Tourismus weniger stark wächst. Die Arbeitslosigkeit hat sich zuletzt auf einem Niveau nahe dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets stabilisiert, für 2019 wird ein langsamerer Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,3 % prognostiziert. Allerdings wird sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch angesichts der angestrebten Steigerung der Arbeitsproduktivität abschwächen. Insgesamt werden die Prognoserisiken als ausgewogen eingeschätzt, weil die Unsicherheiten auf den externen Märkten durch eine positivere Entwicklung der Inlandsnachfrage kompensiert werden könnten. Die Inflation bleibt gering, die Immobilienpreise sind im Jahresvergleich allerdings um 11,2 % gestiegen, wobei ein moderates Angebotswachstum eine allmähliche Dämpfung bewirken sollte.

<sup>1</sup> Das Verfahren wegen übermäßigem Defizit wurde von der EK mit Außerkraftsetzungsbeschluss 2010/288/EU vom 12. Juni 2017 eingestellt.



## Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Portugal seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Die öffentlichen Finanzen profitieren von der starken Inlandsnachfrage und dem geringeren Zinsaufwand. Das gesamtstaatliche Gesamtdefizit soll durch höhere konjunkturbedingte Einnahmen, sinkende Zinsaufwendungen und niedrigere öffentliche Investitionen als budgetiert, 2018 auf 0,7 % und 2019 auf 0,6 % des BIP sinken. Das Ergebnis ist dabei jeweils mit 0,4 % des BIP durch die Rekapitalisierung der Novo Banco belastet. Der strukturelle Saldo wird trotz der Verbesserung im Jahr 2018 voraussichtlich weitgehend unverändert bleiben. Nach einem Rückgang der Bruttoverschuldung um 4,5 %-Punkte auf 124,8 % des BIP im Jahr 2017 wird bis 2020 aufgrund von Primärüberschüssen und des BIP-Wachstums ein weiteres kontinuierliches Absinken auf 116,8 % des BIP erwartet. Die Abwärtsrisiken für die öffentlichen Haushalte überwiegen jedoch.

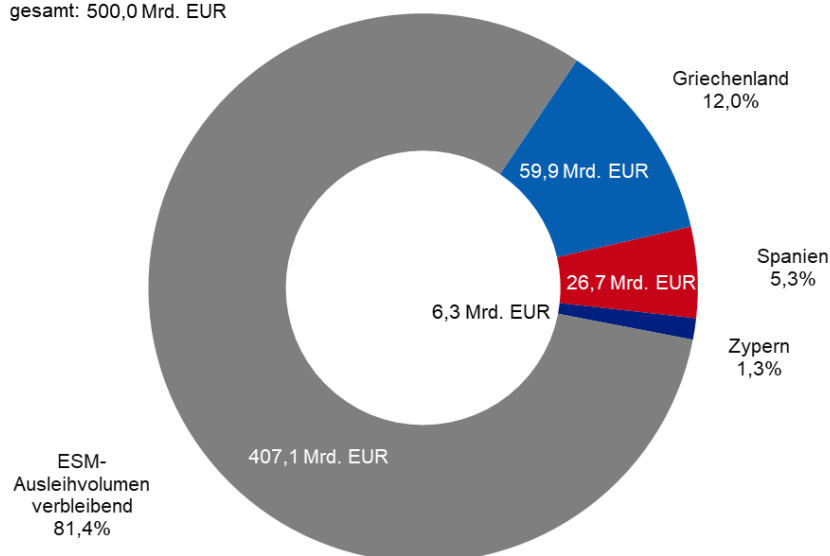
## Bericht über die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 3. Quartal 2018 (28/BA)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) verfügt über ein mögliches Gesamtausleihvolumen von 500 Mrd. EUR, das derzeit zu 117 Mrd. EUR entsprechend der nachfolgenden Grafik an die Programmländer vergeben ist.



## Ausleihungen ESM 3. Quartal 2018

Mögliches ESM-Ausleihvolumen  
gesamt: 500,0 Mrd. EUR



Quellen: BMF, ESM

Die nachfolgenden Darstellungen umfassen nicht nur die Finanzhilfen aus dem ESM an die Programmländer, sondern aus allen Stabilisierungsinstrumenten der EU und des IWF.

## Griechenland

Das 3. Hilfsprogramm für Griechenland aus Mitteln des ESM endete am 20. August 2018. Griechenland hat aus bilateralen Darlehen (1. Hilfsprogramm) und Instrumenten der Institutionen (EFSF, ESM, IWF) bis zum Ende des 3. Quartals 2018 Finanzhilfen von insgesamt 253,9 Mrd. EUR tatsächlich erhalten, die in der nachfolgenden Aufstellung auf die einzelnen Programme aufgeschlüsselt werden:

### Übersicht Finanzhilfen Griechenland zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	1. bilaterales Finanzhilfe- programm	2. Finanzhilfe- programm EFSF*	IWF**) 1. und 2. Programm	3. Finanzhilfe- programm ESM	Gesamt
Finanzhilfe zugesagt	52,90	141,80	28,00	86,00	<b>308,70</b>
Finanzhilfe ausbezahlt	52,90	141,80	28,00	61,90	<b>284,60</b>
ausstehender Betrag	52,90	130,90	10,19	59,90	<b>253,89</b>

\*) 10,9 Mrd. EUR aus dem 2. Finanzhilfeprogramm (EFSF) für die Rekapitalisierung der Banken wurden nicht benötigt und daher von Griechenland rückgeführt; Brutto-Beträge vor Abzug der Service-Gebühr

\*\*) Zusagen und Auszahlungen durch den IWF erfolgen in Sonderziehungsrechten, die Wechselkursschwankungen unterliegen

Quellen: BMF, ESM



Das 3. Finanzhilfeprogramm für Griechenland basierte auf folgenden vier Säulen:

- Wiedererlangung der fiskalischen Nachhaltigkeit
- Gewährleistung der Finanzstabilität und Stärkung der Governance im Bankensektor sowie des Hellenic Financial Fonds (HFSF)
- Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen (Privatisierungen)
- Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung (Justiz, Korruptionsbekämpfung, Statistik)

Im Rahmen der Verhandlungen über das MoU wurde der Nettofinanzierungsbedarf Griechenlands für den Zeitraum August 2015 bis August 2018 ursprünglich auf rd. 86 Mrd. EUR (61 Mrd. EUR zur Finanzierung des öffentlichen Haushalts und 25 Mrd. EUR zur Rekapitalisierung und der Abwicklung von Banken) geschätzt. Die Finanzhilfe wird in Form von Darlehen als ESM-Stabilitätshilfe gewährt, deren durchschnittliche Laufzeit 32,5 Jahre beträgt.

Die Auszahlungen aus dem 3. Finanzhilfeprogramm erfolgten in mehreren Subtranchen, für die jeweils diverse Auflagen und Verwendungszwecke festgelegt wurden:

#### Auszahlungen aus dem 3. Hilfsprogramm

Datum	Tranche	Zweck	Betrag (in Mrd. EUR)
20.08.2015	1. Tranche (Teiltranche)	Allgemeine Programmmittel	13,0
24.11.2015	1. Tranche (Teiltranche)	Allgemeine Programmmittel	2,0
01.12.2015	1. Tranche (Teiltranche)	Bankenrekapitalisierung	2,7
08.12.2015	1. Tranche (Teiltranche)	Bankenrekapitalisierung	2,7
23.12.2015	1. Tranche (Teiltranche)	Allgemeine Programmmittel	1,0
<b>Zwischensumme 1. Tranche</b>			<b>21,4</b>
21.06.2016	2. Tranche (Teiltranche)	Schuldendienst	5,7
21.06.2016	2. Tranche (Teiltranche)	Abbau Zahlungsrückstände	1,8
26.10.2016	2. Tranche (Teiltranche)	Schuldendienst	1,1
26.10.2016	2. Tranche (Teiltranche)	Abbau Zahlungsrückstände	1,7
<b>Zwischensumme 2. Tranche</b>			<b>10,3</b>
10.07.2017	3. Tranche (Teiltranche)	Schuldendienst	6,9
10.07.2017	3. Tranche (Teiltranche)	Abbau Zahlungsrückstände	0,8
30.10.2017	3. Tranche (Teiltranche)	Abbau Zahlungsrückstände	0,8
18.03.2018	3. Tranche (Teiltranche)	Schuldendienst und Kapitalpuffer	5,7
15.06.2018	3. Tranche (Teiltranche)	Abbau Zahlungsrückstände	1,0
06.08.2018	3. Tranche (Teiltranche)	Schuldendienst und Kapitalpuffer	15,0
<b>Zwischensumme 3. Tranche</b>			<b>30,2</b>
20.02.2017	Rückzahlung	Bankenrekapitalisierung	-2,0
<b>Summe</b>			<b>59,9</b>

Quellen: ESM, Bundesministerium der Finanzen (Deutschland)



Bis zum Abschluss des 3. Finanzhilfeprogramms wurden unter Berücksichtigung einer im Februar 2017 erfolgten Rückzahlung Griechenlands 59,9 Mrd. EUR des Maximalbetrags von 86 Mrd. EUR ausbezahlt.

Die letzte Prüfung des Finanzhilfeprogramms im Mai 2018 führte zu einer weiteren Aktualisierung der Programmkonditionalität. Insbesondere waren darin 88 Vorleistungen vorgesehen, die Griechenland vor Auszahlung der letzten Tranche zu erbringen hatte. Ein ergänzendes Memorandum of Understanding soll die Fortführung und Vollendung der unter dem ESM-Programm begonnen Reformen sicherstellen.

Am 21. Juni 2018 hat die Eurogruppe daraufhin beschlossen, das 3. Hilfsprogramm am 20. August 2018 auslaufen zu lassen. Am 6. August 2018 wurde die letzte Teiltranche von 15 Mrd. EUR ausbezahlt, davon werden 5,5 Mrd. EUR für den Schuldendienst verwendet und 9,5 Mrd. EUR sollen als weiterer finanzieller Puffer dienen. Gemäß dem Eurogruppenstatement vom 22. Juni 2018 soll Griechenland damit über einen finanziellen Puffer von insgesamt 24,1 Mrd. EUR verfügen, der ab August wieder eine Finanzierung über den Kapitalmarkt ermöglichen und den staatlichen Finanzbedarf für rd. 22 Monate abdecken soll.

Zur Erleichterung der Schuldentragfähigkeit werden die Laufzeiten für EFSF-Darlehen im Nominale von 96,4 Mrd. EUR um 10 Jahre verlängert und die Rückzahlungen für Kapital und Zinsen ebenfalls um 10 Jahre von 2023 auf 2033 erstreckt. Für einen Teil der EFSF-Darlehen im Nominale von 11,3 Mrd. EUR wurde auf die Step-up Marge iHv 200 Basispunkten verzichtet. Insgesamt verringert sich dadurch die Zinsbelastung Griechenlands jährlich um rd. 1 Mrd. EUR. Weiters kann Griechenland, sofern es die Zusagen aus dem Hilfsprogramm einhält, auch einen Teil der Zinsgewinne der Notenbanken aus den Ankäufen griechischer Staatsanleihen im Rahmen des „Securities Market Programme“ (SMP) der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückerhalten. Die Auszahlungen sollen halbjährlich ab 2018 bis 2022 erfolgen.

Zentrale Maßnahmen zur Erreichung der vorgesehenen Budgetziele sind eine umfassende Pensions- und Einkommensteuerreform, die Abschaffung von Ausnahmen sowie die Erhöhung der Umsatzsteuer um 1 %-Punkt auf 24 %, weitere Steuererhöhungen auf Energie, Tabak, etc. und eine Anpassung der Bemessungsgrundlage für die Vermögenssteuer auf Marktpreise. Weiters sind Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur verbesserten Steuereinhebung vorgesehen (z.B. Erhöhung der Anzahl der Steuerprüfer). Die bislang halb-autonome Behörde zur Steuereinhebung soll vollständig autonom werden. Weiters sind eine Reihe von Privatisierungen (z.B. der Häfen) vorgesehen. Griechenland will



den geforderten Primärüberschuss von 3,5 % des BIP bis ins Jahr 2022 aufrecht erhalten und sich auch in der Folge innerhalb des europäischen Fiskalrahmens bewegen. Gemäß den Analysen der EK erfordert dies einen durchschnittlichen Primärüberschuss von 2,2 % des BIP von 2023 bis 2060. Nach Einschätzung der Eurogruppe beruht die Schuldentragfähigkeit Griechenlands auf realistischen und vorsichtigen Annahmen. In mehreren Kommentaren wurde dies kritisch hinterfragt.

Der IWF hat sich an der letzten Auszahlungstranche nicht mehr beteiligt, nimmt jedoch gemeinsam mit den europäischen Institutionen an den Post-Programm-Überprüfungen teil. Diese sollen im Gegensatz zu den anderen Programmländern vierteljährlich erfolgen.

Die **erste Post-Programm-Prüfmission** durch PrüferInnen der EK, der EZB und des IWF fand vom 10. bis 14. September 2018 statt. Der Mitteilung der Kommission über die verstärkte Überwachung vom November 2018, die auf dem diesbezüglichen Prüfbericht basiert, sind die folgende wesentlichen Feststellungen und Einschätzungen zu entnehmen:

- Griechenland erlebt derzeit eine Phase stetigen Wachstums.
- Trotz einiger positiver Signale bleiben die Finanzierungsbedingungen für Griechenland schwierig und könnten eine Erholung behindern.
- Die jahrzehntelange Krise in Griechenland hat viele langwirkende Folgen, nicht nur in Form der Arbeitslosigkeit, sondern auch in Form der öffentlichen und privaten Verschuldung und ausfallgefährdeter Risikopositionen.
- Die Kommission projiziert die Einhaltung des vereinbarten Primärüberschusses von 3,5 % des BIP im Haushalt 2019.
- Das vorgelegte Paket an diskretionären Maßnahmen weicht vom ursprünglichen haushaltspolitisch neutralen Maßnahmenpaket für eine Kürzung der Altersversorgungsbezüge ab, insgesamt stellen die diskretionären Maßnahmen im Haushaltsentwurf 2019 jedoch einen ausgewogenen Ansatz dar, um die vereinbarten haushaltspolitischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen.
- Hinsichtlich einer unabhängigen Behörde für öffentliche Einnahmen sind die Fortschritte durchwachsen, auch die Begleichung von Zahlungsrückständen liegt hinter dem Zeitplan zurück.
- Bei der Umsetzung der Rentenreform und den Reformen der sozialen Sicherungssysteme wurden Fortschritte erzielt. Bei den Reformen des Gesundheitswesens sind diese hingegen durchwachsen.
- Im Rahmen des ESM-Programms wurden umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung des Bankensektors umgesetzt.
- Die Bemühungen zur Ausarbeitung einer Veräußerungsstrategie für den Hellenischen Finanzstabilitätsfonds (Hellenic Financial Stability Fund/HSFS) schreiten voran.



- Reformen der Arbeitsmarktinstitutionen und die Lohnverhandlungen der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass Griechenland die Kostenwettbewerbsfähigkeit wiedererlangt hat und fördern höhere Beschäftigungsquoten.
- Bei einigen Privatisierungsausschreibungen kommt es zu erheblichen Verzögerungen.
- Die Größe des öffentlichen Sektors in Griechenland ist inzwischen mit anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vergleichbar. Übermäßig viele Einstellungen im öffentlichen Sektor müssen künftig hintangehalten werden.

## Ergebnisse der Herbstprognose 2018 der Europäischen Kommission

### Kennzahlenübersicht Griechenland

	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Griechenland	2,0	2,0	2,0	19,6	18,2	16,9	0,8	1,2	1,0	0,6	0,6	0,6	182,5	174,9	167,4

Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Die Prognose der EK basiert auf einer No-policy-change-Annahme zu den Fiskalmaßnahmen für 2019 und 2020. Nach Fertigstellung des Pakets zur Erreichung eines Primärüberschusses von 3,5 % des BIP wird die Prognose entsprechend angepasst, weil damit Auswirkungen auf die makroökonomische Entwicklung verbunden sind.

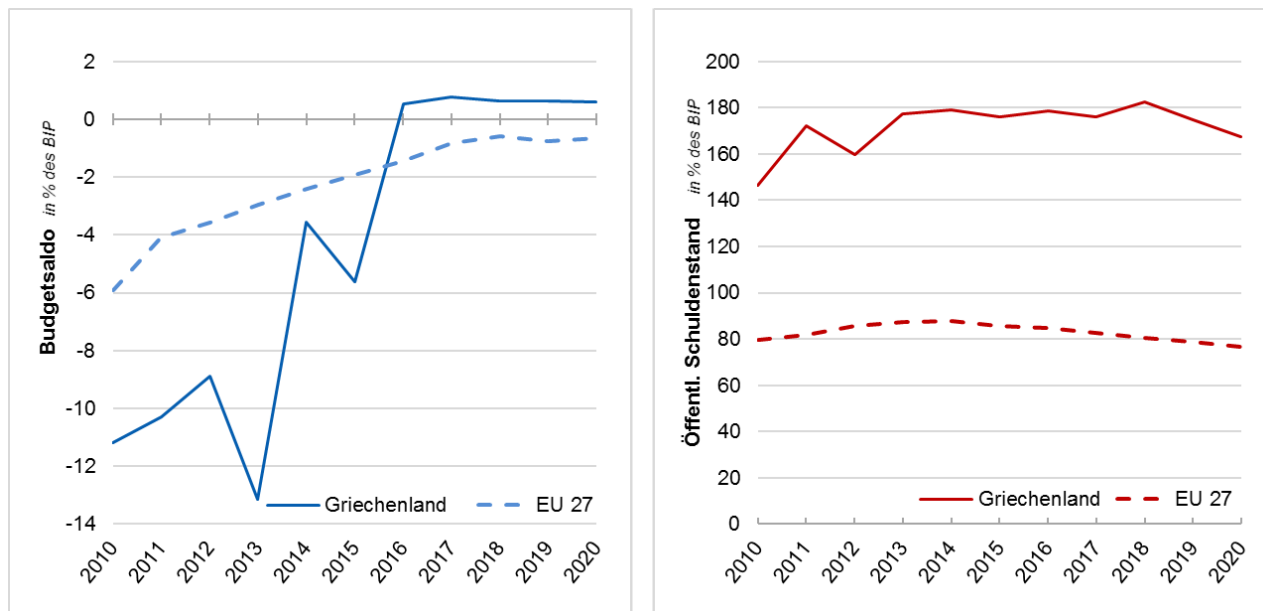
Das ESM-Hilfsprogramm für Griechenland ist ausgelaufen und das Wirtschaftswachstum nimmt zu, obwohl Schwachstellen bestehen bleiben. Nach einem starken ersten Quartal hat sich das reale BIP-Wachstum im zweiten Quartal verringert. Für 2018 wurde das BIP-Wachstum auf der Grundlage einer verbesserten Konsumdynamik leicht nach oben auf 2,0 % revidiert. Der Privatkonsum hat sich in den letzten beiden Quartalen dynamisch entwickelt und die Exporte verzeichneten ein starkes Quartalswachstum von 3,9 %, das durch den Dienstleistungssektor getrieben wurde. Da sich jedoch auch die Importe nach der Krise stark erholt haben, waren die Nettoexporte negativ. Der öffentliche Konsum ging zurück und auch die Investitionen werden 2018 voraussichtlich sinken, weil das Wachstum der Bauinvestitionen den Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen nicht ausgleicht. Unter der No-policy-change-Annahme wird auch für 2019 und 2020 ein Wachstum von 2,0 % erwartet. Die Investitionen sollen sich zu einem wichtigen Wachstumstreiber entwickeln, wenn die Umsetzung der Reformen nach Programmabschluss entschieden weiterverfolgt wird und die Strukturreformen beginnen Früchte zu tragen. Die Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Für 2018 wird ein Beschäftigungswachstum von 1,8 % erwartet, die Arbeitslosigkeit soll bis 2020 unter 17 % sinken. Die Inflation wird in diesem Jahr voraussichtlich 0,8 % erreichen und 2019 voraussichtlich auf 1,2 % steigen. Es wird erwartet, dass die Reallöhne im Einklang mit den Produktivitätssteigerungen schrittweise steigen werden.





Die EK sieht die Fortführung der Reformen als Schlüssel für weiteres Wachstum. Das endgültige Maßnahmenpaket soll 2019 zu einem Primärüberschuss von 3,5 % des BIP führen. Die realen Wachstumsraten für 2019 und 2020 könnten dadurch laut EK 2,3 % des BIP erreichen, was im Einklang mit früheren Prognosen der Kommission steht.

### Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Griechenland seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo wird im Jahr 2018 voraussichtlich im dritten Jahr in Folge einen Überschuss aufweisen. Das Ergebnis wird durch die Reformen der letzten Jahre, das solide Wachstum, eine breit angelegte Erholung der steuerpflichtigen Gewinne und höhere Energiepreise begünstigt.

Die No-policy-change-Annahme geht von der Umsetzung des vereinbarten Programmpaketes in den Jahren 2019 und 2020 aus, durch die das Ziel eines Primärüberschusses von 3,5 % des BIP erreicht werden soll. Dies wird durch die weiterhin hohe Outputlücke, Einsparungen aus den Pensionsreformen und der Kostendeckelung bei der Gesundheit sowie dem Beschäftigungswachstum begünstigt. Der Entwurf des griechischen Haushaltsplans sieht für 2019 jedoch ein alternatives Maßnahmenpaket vor, das noch in Diskussion steht und nicht in die aktuelle Projektion einbezogen wurde. Unter der Annahme der unveränderten Politik wird der gesamtstaatliche Saldo im gesamten Prognosezeitraum voraussichtlich mit 0,6 % des BIP stabil bleiben. Durch die sich verringere Outputlücke wird der strukturelle Überschuss von 4 % des BIP im Jahr 2018 auf 1,5 % des BIP im Jahr 2020 zurückgehen. Die öffentliche Verschuldung Griechenlands wird 2018 mit voraussichtlich 182,5 % des BIP ihren Höchststand erreichen und danach durch den prognostizierten Primärüberschuss deutlich auf 167,4 % des BIP bis 2020 zurückgehen.



## Spanien

Spanien hat bisher insgesamt folgende Finanzhilfen aus dem ESM erhalten:

### Finanzhilfen aus dem ESM an Spanien zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	<b>ESM</b>
Finanzhilfe zugesagt (Maximalrahmen)	<b>100,00</b>
Finanzhilfe ausbezahlt	<b>41,33</b>
ausstehender Betrag *)	<b>26,72</b>

\*) Die Tilgung seitens Spaniens iHv 3 Mrd. EUR erfolgte am 16. Oktober 2018 und ist daher in der Tabelle zum 3. Quartal 2018 noch nicht berücksichtigt.

Quellen: ESM, BMF

Das Finanzhilfeprogramm, das Spanien eine Rekapitalisierung des Bankensektors ermöglichte, startete im Juni 2012 und endete am 31. Dezember 2013. Es enthielt eine Maximalzusage von 100 Mrd. EUR. Von diesem zugesagten Maximalrahmen hat Spanien letztlich eine Finanzhilfe von insgesamt 41,3 Mrd. EUR erhalten. Spanien erfüllte alle Auflagen fristgerecht. Im Berichtszeitraum wurden keine neuen Maßnahmen ergriffen.

Durch Nichtinanspruchnahme von ESM-Mitteln iHv 0,3 Mrd. EUR und vorzeitige Rückzahlung von 14,3 Mrd. EUR in den Jahren 2014 bis 2018 reduzierte sich der ausstehende Betrag zum Ende des 3. Quartals 2018 auf 26,7 Mrd. EUR. Eine weitere vorzeitige Rückzahlung iHv 3 Mrd. EUR leistete Spanien am 16. Oktober 2018, so dass aktuell noch 23,7 Mrd. EUR ausständig und bereits 42,6 % des ursprünglichen Darlehens zurückgezahlt sind. Plangemäß ist die letzte Rückzahlung an den ESM für Ende 2027 vorgesehen.

Die **zehnte Post-Programm-Prüfmission** fand vom 4. bis 5. Oktober 2018 statt. Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor, in der veröffentlichten Stellungnahme der PrüferInnen der EK und der EZB wird ausgeführt, dass der spanische Bankensektor insgesamt über eine komfortable Bonität und Liquidität verfügt. Die Profitabilität hat sich auch durch den Rückgang der Rückstellungen für notleidende Kredite verbessert. Der Anteil der notleidenden Kredite liegt knapp über dem EU-Durchschnitt. Die Umsetzung der Fusion der beiden Krisenbanken BMN mit der Bankia im Januar 2018 hat sich gut entwickelt. SAREB, die staatliche Vermögensverwaltungsgesellschaft der vier verstaatlichten spanischen Banken, die die Spannen verbesserte, aber weiterhin negativen Finanzergebnisse verzeichnet, bereitet eine neue Managementstrategie vor. Das spanische Wirtschaftswachstum, das von einer starken Inlandsnachfrage getragen wird, liegt weiterhin über dem Durchschnitt des Euroraums und die makroökonomischen Ungleichgewichte wurden weiter reduziert. Darüber hinaus erfordern jedoch die hohe externe und interne Verschuldung und die Arbeitslosigkeit weiterhin Anstrengungen, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte



Spanien die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben, um die Staatsverschuldung entscheidend zu reduzieren und finanzielle Puffer aufzubauen, um mögliche nachteilige Schocks zu überwinden.

Spanien befindet sich derzeit noch in einem Verfahren wegen übermäßigen Defizits, das bei einer positiven Entwicklung 2019 beendet werden könnte.

## Ergebnisse der Herbstprognose 2018 der Europäischen Kommission

### Kennzahlenübersicht Spanien

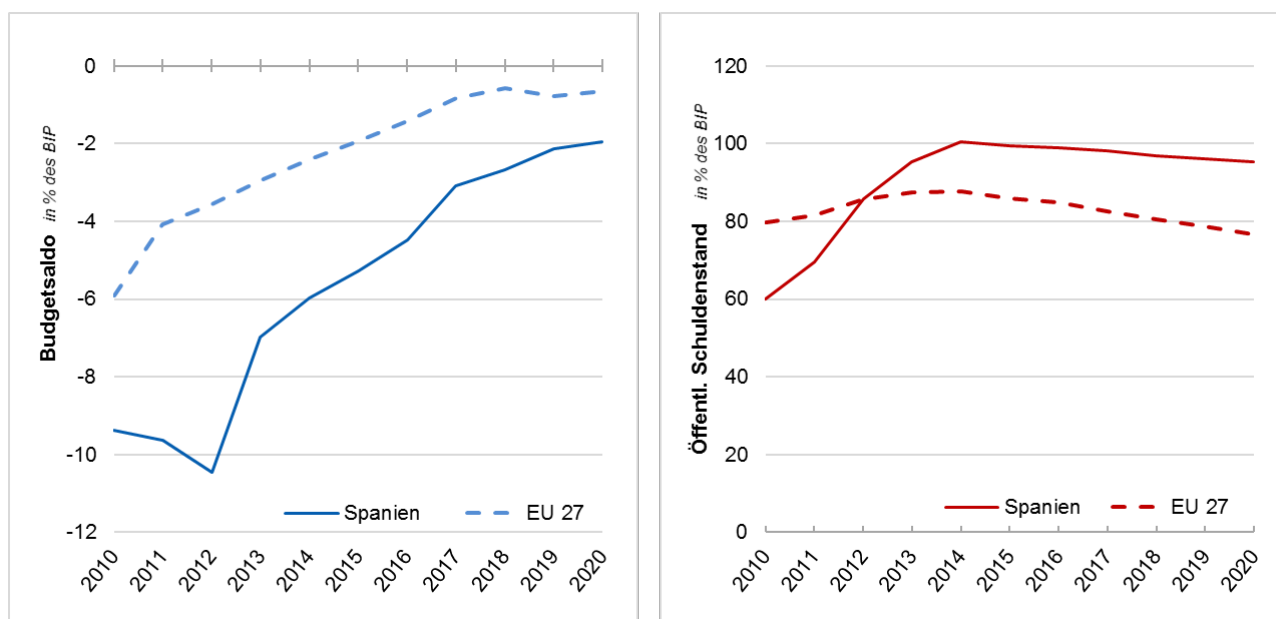
	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Spanien	2,6	2,2	2,0	15,6	14,4	13,3	1,8	1,7	1,5	-2,7	-2,1	-1,9	96,9	96,2	95,4

Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Das Wachstum der spanischen Wirtschaft war robust, aber niedriger als im Vorjahr. Im fünften Jahr der Expansion zeigen sich Anzeichen einer leichten Verlangsamung. Die Nettoexporte haben weniger zum Wachstum beigetragen als erwartet, die Exportmärkte sollten sich jedoch 2019 erholen. Der private Konsum dürfte sich aufgrund der hohen Ölpreise und einer höheren Sparneigung zurückhaltend entwickeln, die Investitionen aber voraussichtlich dynamisch bleiben. Für 2018 wird mit 2,6 % nunmehr ein etwas geringeres Wachstum erwartet als im Frühjahr. In der Folge wird sich das Wachstum weiter auf 2,2 % im Jahr 2019 und 2,0 % im Jahr 2020 verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter sinken, das Beschäftigungswachstum verlangsamt sich jedoch als Folge der geringeren Endnachfrage und der dämpfenden Auswirkungen der geplanten Erhöhung des Mindestlohns. Im Jahr 2020 wird die Arbeitslosigkeit mit 13,3 % auf den niedrigsten Stand seit 2008 liegen. Das Lohnwachstum wird voraussichtlich 2019 seinen Höhepunkt erreichen und dann moderat, aber immer noch über der Inflationsrate wachsen.



## Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Spanien seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Das Haushaltsdefizit wird sich aufgrund des weiterhin robusten Wirtschaftswachstums weiter verringern. Nach einem Rückgang um 1,4 %-Punkte im Jahr 2017 auf 3,1 % des BIP wird das gesamtstaatliche Defizit 2018 voraussichtlich 2,7 % des BIP erreichen. Das etwas langsamere Tempo des Defizitabbaus ist auf einige Maßnahmen im Budget 2018 zurückzuführen, nämlich auf die stärkere Erhöhung der Renten, die Lohnerhöhung für die öffentlichen Bediensteten und in geringerem Maße auf die Kürzung der Steuern für Geringverdiener. Das gesamtstaatliche Defizit wird 2019 weiter zurückgehen und 2,1 % des BIP erreichen, für 2020 wird bei unveränderter Politik ein Defizit von 1,9 % des BIP prognostiziert. Abwärtsrisiken resultieren aus Unsicherheiten über die Erträge aus neuen steuerlichen Maßnahmen, der geplanten Erhöhung der Mindestlöhne und fälliger Ausgleichszahlungen nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die Vergabe für die Konzession zur Wasserversorgung in Katalonien für ungültig zu erklären. Es wird erwartet, dass sich das strukturelle Defizit Spaniens im Jahr 2018 um  $\frac{1}{4}$  %-Punkte auf rd. 3 % des BIP verschlechtern wird und im Zeitraum 2019 bis 2020 in etwa auf diesem Niveau verbleibt. Der gesamtstaatliche Schuldenstand wird aufgrund des starken nominalen BIP-Wachstums und des sinkenden Haushaltsdefizits bis 2020 voraussichtlich leicht auf 95,4 % des BIP zurückgehen.



## Zypern

Zypern hat von ESM und IWF bisher insgesamt folgende Finanzhilfen erhalten:

### Finanzhilfen aus ESM und IWF an Zypern zum 30. September 2018

<i>in Mrd. EUR</i>	<b>ESM</b>	<b>IWF*</b>	<b>Gesamt</b>
Finanzhilfe zugesagt	9,00	1,00	<b>10,00</b>
Finanzhilfe ausbezahlt	6,30	1,00	<b>7,30</b>
ausstehender Betrag	6,30	0,69	<b>6,99</b>

Quellen: ESM, BMF, IWF

\*) Zusagen und Auszahlungen durch den IWF erfolgen in Sonderziehungsrechten, die Wechselkursschwankungen unterliegen

Das seit März 2013 laufende makroökonomische Anpassungsprogramm, das vor allem der Beseitigung von Ungleichgewichten im Finanzsektor (insbesondere einer entsprechenden Reduktion des Finanzsektors), der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts, der Vornahme von Privatisierungen und der Umsetzung von Strukturreformen dienen sollte, endete planmäßig im März 2016. Von den zugesagten Finanzhilfen iHv 10 Mrd. EUR wurden insgesamt 7,35 Mrd. EUR ausbezahlt. Die vom IWF zugesagten Mittel iHv 1 Mrd. EUR wurden dabei zur Gänze ausgeschöpft, von den zugesagten Mitteln des ESM wurden 6,3 Mrd. EUR in Anspruch genommen. Mit Zustimmung des ESM-Direktoriums zahlte Zypern einen Teil des IWF-Darlehens iHv 0,3 Mrd. EUR vorzeitig zurück. Die Rückzahlung der ESM-Mittel beginnt 2025 und soll bis 2031 abgeschlossen sein.

Von 24. bis 28. September 2018 fand die **fünfte Post-Programm-Prüfmission** statt. Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor, die veröffentlichte Stellungnahme der PrüferInnen der EK und der EZB weist darauf hin, dass die zypriotische Wirtschaft ihren starken Aufschwung fortsetzt und damit günstige Bedingungen für die Bewältigung der wesentlichsten Schwachstellen des Landes bestehen. Der weiter zunehmende Tourismus und die Bautätigkeit haben positive Auswirkungen auf die anderen Wirtschaftszweige. Risiken ergeben sich aus den reduzierten, aber immer noch sehr hohen notleidenden Krediten (NPLs), den hohen privaten und öffentlichen Schulden und Unsicherheiten im externen Umfeld. Der Verkauf der Cyprus Cooperative Bank (CCB) an die Hellenic Bank (HB) hat die Unsicherheit im Finanzsektor verringert. Rund ein Drittel (5,7 Mrd. EUR) der gesamten NPLs wurden von der CCB in die öffentliche Abwicklungseinheit verlagert. Begrüßt wurde die Annahme eines Legislativpakets zur Beschleunigung des NPL-Abbaus, das Änderungen des Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsrechts und der Rechtsvorschriften über den Kreditverkauf und die Kreditbesicherung enthielt.



Die hohen Steuereinnahmen und ein umsichtiges Ausgabenmanagement führten erneut zu einer beeindruckenden Entwicklung der Budgetsalden, aber der Verkauf der CCB ist mit sehr hohen Kosten verbunden und hat zu einem starken Anstieg der Staatsverschuldung geführt.

Zypern befindet sich im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

## Ergebnisse der Herbstprognose 2018 der Europäischen Kommission

### Kennzahlenübersicht Zypern

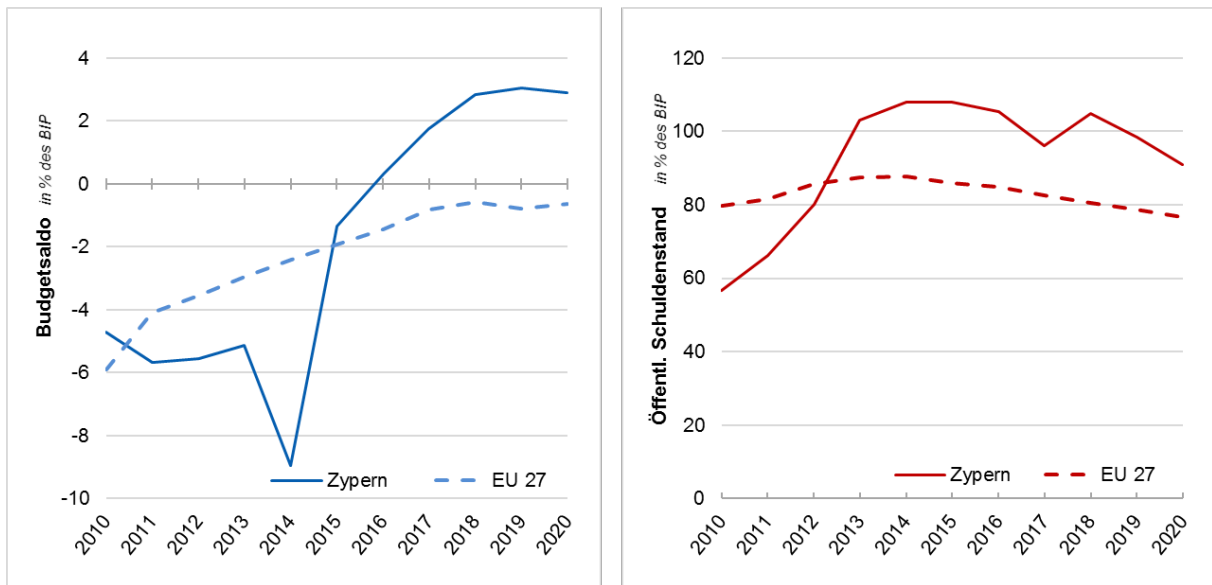
	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Zypern	3,9	3,5	2,9	8,2	6,3	4,8	0,8	1,3	1,4	2,8	3,0	2,9	105,0	98,4	91,0

Quelle: Herbstprognose 2018 der EK

Die Wirtschaft in Zypern wuchs im ersten Halbjahr 2018 getrieben durch einen starken privaten Konsum, Investitionen und Exporte weiterhin kräftig. Für 2018 wird ein reales BIP-Wachstum von 3,9 % und auch für die kommenden Jahre werden über dem Potenzialwachstum liegende Zuwächse erwartet, wenn auch mit einer Verlangsamung auf 3,5 % im Jahr 2019 und 2,9 % im Jahr 2020. Das Wachstum wird zunehmend stärker durch die Inlandsnachfrage getrieben, weil sich der private Konsum im ersten Halbjahr beschleunigt hat und die privaten Investitionen stark bleiben. Die Inflation ist nach wie vor niedrig und unterstützt damit die Realwirtschaft weiter. Die positive Arbeitsmarktdynamik mit einem rasantem Beschäftigungsausbau seit 2016 setzt sich fort, wodurch die Arbeitslosenquote bis Mitte 2018 auf 8,1 % gesunken ist, dem niedrigsten Stand seit acht Jahren.



## Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Zypern seit 2010



Quelle: AMECO, Nov. 2018

Das robuste Wachstum dürfte nachhaltige Haushaltsüberschüsse und einen Rückgang der Staatsverschuldung ab 2019 bewirken, wobei der Primärüberschuss zu den höchsten im Euroraum zählt. Der gesamtstaatliche Überschuss wird sich im Jahr 2018 voraussichtlich auf 2,8 % des BIP erhöhen und über den Prognosehorizont hinaus weiterhin hoch bleiben. Die Prognose für 2018 beinhaltet jedoch noch nicht die möglicherweise defiziterhöhenden Auswirkungen der Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Cyprus Cooperative Bank (CCB). Dadurch wird im Jahr 2018 auch die Staatsverschuldung sprunghaft um rd. 9 %-Punkte auf 105,0 % des BIP zunehmen, danach wird jedoch aufgrund der prognostizierten Primärüberschüsse und des kräftigen realen Wirtschaftswachstums ein kontinuierlicher Rückgang erwartet.